



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 22. April 2013
28199 Bremen
Tel.: 0421-69899793
Fax: 032223774007
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



Marieluise Beck, MdB

„Russland, die EU und die östliche Partnerschaft“

Dienstag, 21. Mai 2013, 19:30 Uhr

Haus Schütting, Zimmer 1, Markt 13, 28195 Bremen

Mit freundlichen Grüßen

Die Referentin

Geboren am 25. Juni 1952 in Bramsche. Lebt seit 1983 mit ihrem Mann in Bremen und hat zwei erwachsene Töchter.

Abitur 1970 in Osnabrück. Studium in Bielefeld und Heidelberg (Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde). Lehrerin in Pforzheim.

Mitglied der GRÜNEN seit 1980.

Sprecherin der ersten grünen Fraktion im Deutschen Bundestag, gemeinsam mit Petra Kelly und Otto Schily.

Seit 1983 Mitglied des Deutschen Bundestages – mit Unterbrechungen u.a. als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin des grünen Landesverbandes Bremen.

Für die rot-grüne Bundesregierung 1998-2005 Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration und ab 2002 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Seit 2005 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Arbeitsschwerpunkte als Außenpolitikerin: Länder Ost- und Südosteuropas. Sprecherin für Osteuropapolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag.

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Fraktion "Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa" (ALDE)).

Stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Vorsitzende der Deutsch-Bosnischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags.

Auszeichnungen:

2008 Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut.

2005 Türkischer Freundschaftspreis.

1996 Bundesverdienstkreuz am Bande.

1996 Ehrenbürgerschaft der bosnischen Gemeinde Lukavac.

Marieluise Beck hat sich einen besonderen Ruf erworben als Vorkämpferin für die Durchsetzung der Menschenrechte. Einen Schwerpunkt legt sie dabei auf den osteuropäischen Raum. In ihrer politischen Arbeit verbindet Marieluise Beck die theoretische Durchdringung komplexer Fragestellungen mit einer nachdrücklichen Umsetzung ihrer Erkenntnisse im politischen Raum. In intensiver praktischer Basisarbeit sie sich vehement für handfeste, konkrete Verbesserungen der Situation der durch Menschenrechtsverstöße Benachteiligten ein. Persönliche Eindrücke auf ständigen Reisen in Krisengebiete vermitteln ihr Detailkenntnisse, die ihr im politischen Diskurs häufig einen Wissensvorsprung sichern. Sie scheut keine Konflikte, spricht Defizite unmissverständlich an, bleibt dabei selbstkritisch und nachdenklich.

Das Thema

Die Beziehungen der EU und spezifisch Deutschlands zu den östlichen Nachbarn sind von herausragender Bedeutung, Problematik und Sensibilität. Dies ist begründet in der europäischen Geschichte, insbesondere in den beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts sowie im Verlauf der Zeitenwende 1989/1990.

Die im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)“ analog zur Mittelmeer-Union im Jahre 2009 offiziell etablierte „Östliche Partnerschaft“ zielt auf eine Intensivierung der Beziehungen zu den Staaten Ukraine, Belarus, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan und soll diese auf der Grundlage gemeinsamer Werte über bilaterale Aktions- und Assoziierungspläne an die EU heranführen. Dabei ist ein wesentliches Element die Förderung der Zivilgesellschaft; regelmäßig werden Treffen eines „Forums der Zivilgesellschaft“ veranstaltet. Ausgeklammert aus den Partnerschaftsbeziehungen ist vorerst die EU-Beitrittsfrage, die ENP zielt vielmehr auf stabile Räume außerhalb der EU-Grenzen. Die Regierungschefs und die Außenminister der Teilnehmerstaaten der „Östlichen Partnerschaft“ treffen sich regelmäßig. Visafreiheit im Besucherverkehr mit der EU ist ein zumindest langfristig vorgesehenes, derzeit heiß diskutiertes Ziel der Normalisierung der Beziehungen.

Deutschland nimmt in der Gestaltung der EU-Ostpolitik eine Vorreiterrolle ein. Besonders im Blickfeld auch der „Östlichen Partnerschaft“ steht naturgemäß das Verhältnis zur europäisch-asiatischen Macht Russland als ständigem Einflussfaktor. Die deutsch-russischen Beziehungen sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion starken Schwankungen unterworfen. Die persönlichen Beziehungen der Staats- bzw. Regierungschefs spiegeln dies wider: vom Jelzin-Kohlschen Saunabesuch über die Duz-Freundschaft des Bundeskanzlers Schröder mit dem „lupenreinen Demokraten“ Putin bis zum derzeitigen eher unterkühlten Umgangston zwischen Putin und Merkel. Die Gesamttendenz ist spätestens seit der EU-Erweiterung von 2004 negativ. Aktuell belastet die Menschenrechtsfrage die Beziehungen in bisher ungekannter Schärfe. Beständig florieren jedoch die Wirtschaftsbeziehungen, der „Petersburger Dialog“ wird aufrecht erhalten, wenn auch zunehmend holprig, die „Modernisierungspartnerschaft“ wird von beiden Seiten nachdrücklich gestützt, eine Belebung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland wird angestrebt. Starke inhaltliche Differenzen konkretisieren sich andererseits insbesondere im außen- und sicherheitspolitischen Feld. So fand die Medwedew-Initiative für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, das „Europa von Vancouver bis Wladiwostok“, ebenso wenig Resonanz wie Putins Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok. Die Haltung zum „Arabischen Frühling“ und seinen Konsequenzen divergiert stark. Putins „Eurasische Union“ ist ebenso wie die Förderung der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)“ ein Zeichen der Abwendung vom Westen und der Etablierung von Gegenmodellen zu NATO und EU.

Das heutige Russland mit seiner „gelenkten Demokratie“ strebt vor allem nach Stabilität, verständlich nach den Irrwegen der Jelzin-Ära mit einer nicht immer rühmlichen Rolle des Westens. Fraglich ist jedoch, ob der eingeschlagene Weg langfristig diese Stabilität sichert. Die Furcht vor einer russischen „Orangen Revolution“ nach dem Vorbild der Ukraine, der Wunsch nach Behauptung eines Großmachtstatus‘ und das ungebrochene Feindbild „NATO“, derzeit bestimmende Faktoren russischer Politik, könnten sich bald als untaugliche Leitlinien erweisen. In der russischen Gesellschaft scheint sich ein selbstbewusster Mittelstand zu etablieren und einen Wertewandel anzubahnen.

Wie das deutsch-russische Verhältnis ist auch die „Östliche Partnerschaft“ von zunehmender Ernüchterung geprägt. Von der „Orangen Revolution“ in der Ukraine über den Georgienkrieg bis zu Lukaschenkos innenpolitischer Repression ist die Bilanz wenig ermutigend. Kritisch stellt sich insbesondere das Verhältnis zur Ukraine und zu Belarus dar, zwei Ländern, die unbestritten wichtiger Bestandteil Europas sind. Angesichts der Negativtendenzen in den EU-Ostbeziehungen

ist es umso wichtiger, die großen geostrategischen Zukunftslinien nicht aus dem Auge zu verlieren und das global wie historisch einmalige Projekt der Vereinigung eines friedlichen und freiheitlichen Europas unter vollem Einschluss der östlichen Teile voranzutreiben. Die Attraktivität der EU ist ungebrochen.

Welche Grundsätze sollten die Ostpolitik des Westens bestimmen? Ist eher pragmatische „Real-/Interessenpolitik“ oder aber kritische „Werte-/Menschenrechtspolitik“ angemessen und zielführend, ist die Schaffung von Stabilität das Primärziel oder demokratische Freiheitsentfaltung?

Die Fragen stellen sich nicht in alternativer Schärfe. Zumindest langfristig sind Stabilität und ökonomische Modernisierung nicht ohne Respektierung universaler Menschenrechte, ohne Rechtsstaatlichkeit und ohne demokratische Mitbestimmung zu erzielen. Wertepolitik ist somit substantiell zukunftsorientiert. In der Praxis konkreten politischen Handelns sind jedoch Kompromisse und Prioritäten – bei Aufrechterhaltung unveräußerlicher Grundprinzipien – unumgänglich. Pragmatismus ist gegen wertebestimmte Konsequenz, die Wirkung von Sanktionen gegenüber kooperativem Dialog abzuwägen. Die Verfahren können in der Regel nicht prinzipiell, sondern nur am Einzelfall orientiert bestimmt werden.

Unabhängig davon ist jedoch eine kohärente und konzeptionelle Gesamtstrategie zu entwickeln und zu formulieren, die alle östlichen Nachbarstaaten einbezieht. Zu den Komponenten dieser Strategie sollten klare Vorstellungen zum geographischen und inhaltlichen Endstate der EU (bei aller zu erhaltender Offenheit) zählen, d.h. zu den Grenzen der Erweiterungspolitik. Die Beitrittsperspektive einzelner Staaten muss ehrlich und verlässlich kommuniziert werden. Intensive Kontakte zur Zivilgesellschaft müssen neben Kontakten zu offiziellen Regierungsstellen gepflegt werden. Das historisch legitimierte Prinzip „Wandel durch Annäherung“ (oder neu: „Wandel durch Verflechtung“) sollte praktiziert werden. Dabei ist eine eindeutige Ansprache geforderter universaler Werte, ggfalls erkannter Defizite, ohne relativierende Einschränkungen, aber auch ohne unangemessene Arroganz in den offiziellen diplomatischen wie den zivilgesellschaftlichen Beziehungen sicherzustellen. Unterstützungs- und Kooperationsangebote sollten konditioniert werden. Es darf dabei nie aus dem Blick verloren werden, dass Stabilität außenpolitischer und innerstaatlicher Strukturen von hohem friedenserhaltenden Wert ist und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf.

Im Zuge von Überlegungen zur EU-Ostpolitik fällt der Blick zwangsläufig auf einige Grundsatzfragen internationaler Politikgestaltung im 21. Jahrhundert, die hier nur angedeutet werden sollen:

- Sind autoritäre Gesellschaftsmodelle im internationalen Wettbewerb mit demokratisch-rechtsstaatlichen Systemen im Aufwind? Sind universale Menschenrechte weltweit bedingungslos einzufordern oder sind vielleicht doch kulturabhängige Besonderheiten zu akzeptieren (Chinas „Harmonie“, Putins „eigener Weg“)?
- Welche Lehren können aus den Ansätzen der letzten beiden Jahrzehnte zur Gesellschaftstransformation gezogen werden (Ex-Jugoslawien, Ukraine, Georgien)? Wieviel Außeneinflussnahme ist möglich und sinnvoll? Wird nationale Souveränität unangemessen durch externe „Einmischung“ verletzt?
- Was kann Europas „soft power“ in Konkurrenz zu militärischer Interventionspolitik in der globalen Gestaltungspolitik beispielhaft bewirken?
- Welchen Stellenwert hat die „kapitalistische Marktwirtschaft“ bei der Transformation von Gesellschaften (Jelzin-Ära, Bosnien-Stabilisierung)? Bewirken Prosperität und wachsender Mittelstand zwangsläufig eine gesellschaftliche Öffnung und Demokratisierung?